

Gedanken zum Impulspapier von Allan Guggenbühl zuhanden des Kolloquium im Puschlav

Der Befund, dass seit 30 Jahren eine Reformlawine die Schule überzieht, stimmt. Die Behauptung, dass die Auswirkungen zu wenig diskutiert werden, bedarf einer differenzierten Analyse.

Richtig ist auch die Einschätzung, dass ein Teil dieser Reformen ökonomistisch motiviert ist. Teilweise haben wir es auch mit Reformen zu tun, die aus durchaus holistischen Motiven umgesetzt werden.

Dass versucht wird, den Gestaltungsraum der Lehrpersonen einzuschränken, ist zutreffend, fraglich ist allerdings, inwiefern dies auch gelingt.

Ich möchte mich in der gebotenen Kürze mit den Thesen des Impulspapiers befassen:

1. Schulreformen auf Ebene Volksschule im Kanton Bern

Im Kanton Bern wurden seit 1996 auf Ebene Volksschule zahlreiche Reformen durchgeführt. Diese waren teilweise struktureller Art, tangierten die Anstellungsverhältnisse, regelten den Übergang in die Sekundarstufe 1 und Sekundarstufe 2, und hatten auch reformpädagogische Züge. Nachfolgend möchte ich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben - einzelne Reformen aufzählen und klassifizieren:

- 1996 Einführung des 6/3 Modells Ziel: Durchlässigkeit erhöhen, Bewertung: Überfällige Strukturreform.
- 1996 Abschaffung des Beamtenstatus, Einführung der Öffentlich-rechtlichen Anstellung. Ziel: Flexiblere Anstellungen, Möglichkeit der Entlassung der Lehrkräfte, Abschaffung der Lehrerkategorien. Bewertung: Gesetzesreform, nötig und richtig
- 1996 Einführung der geleiteten Schulen. Ziel: Stringente Führung, Definition von Zuständigkeiten und Kompetenzen, Kontrolle, pädagogische Kompetenzen. Bewertung: Zwiespältig, einerseits notwendige Effizienzsteigerung, andererseits Gefahr der Fremdsteuerung und Willkür.
- 1996 Neugestaltung der Schulaufsicht: Gemeinden können Schulkommissionen abschaffen. Schulaufsicht wird professionalisiert und nicht gewählten Beamten übergeben. Ziel: Modernere Führung von Schulen, Teilautonomie, Erhöhung von Karrierechancen für Lehrkräfte, schnellere und professionellere Entscheidungsfindung. Bewertung: Zwiespältig, direkte Kontrolle durch die Träger des Schulwesens nicht mehr möglich, Fremdsteuerung, andererseits oft bessere Entscheidungen bei Lehrerwahlen und Konflikten.
- 1998 Einführung von Qualitätsmanagement an den Schulen. Ziel: Bessere Unterrichtsqualität und transparente Abläufe. Bewertung: Versandete Reform, eingestellt wegen zu hohen Kosten.
- 1999 Umgestaltung des 9.Schuljahres. Ziel: Die Zahlen zum 10. Schuljahr senken. Bewertung: Versandete und konterkarierte Reform. Durch die Senkung des Schuleintrittsalters steigen die Zahlen wieder, obwohl die Lehrstellensituation derzeit sehr gut ist.
- 2002 Abschaffung der Seminare, Einführung der PH. Ziel: Erhöhung der Ausbildungsqualität, und Verbesserung der Umstiegschancen durch eine universitäre Ausbildung. Bewertung: Gute Grundabsichten, verheerende Umsetzung.

- 2003 Neue Schülerbeurteilung. Ziel FLUT: Förderorientiert, leistungsorientiert, umfassend, transparent. Bewertung: Ein Riesendesaster, grosse Proteste, wurde überarbeitet und vereinfacht, ein teuer Flop.
- 2004 Integrationsartikel. Ziel: Integration von schwächeren und behinderten Kindern in den Regelunterricht. Bewertung: Unterschiedliche Umsetzung, holistische Gründe, richtete mehr Schaden an, als es Nutzen brachte.
- 2010 Neue Finanzierung der Massnahmen für die sogenannten Pool1 und Pool2-Kinder. Ziel: Die individuelle Betreuung leistungsschwächerer Kinder in den Regelklassen verbessern. Bewertung: Teuer und ineffizient, die Pool-Budgets waren in kürzester Zeit aufgebraucht, die Lektionenzahl musste gesenkt werden.
- Zwischen 2012 und 2016 Einführung des neuen Lehrplans, Kompetenzorientierung, neue Stundenpläne, Umwandlung von Schulfächern, Sammelfächer, neue Beurteilung. Ziel: Harmonisierung des Schweizer Schulsystems. Bewertung: Einführung von Bildungsstandards, Flächendeckenden Kontrolltesten. PISA-Tauglichkeit, Vergleichbarkeit. Umstritten und über weite Teile unwirksam, wird unterlaufen.
- Einführung von Frühfranzösisch und Frühenglisch. Ziel: Wurde nie richtig definiert. Wirkung fraglich.
- Einführung einer neuen Sprachdidaktik auf konstruktivistischer Basis. Passepartout Lehrmittel. Ziel: Mehr Freude am Unterricht, bessere Kommunikation. Bewertung: Teurer und totaler Flop, fällt in allen relevanten Prüfungen durch.
- Abschaffung des Semesterzeugnisses. Ziel: Entlastung der Lehrkräfte, weniger Noten. Bewertung: Schwierig bei der Zuweisung zu der Sekundarstufe 1 oder 2, die jeweils im Winter erfolgt. Nicht durchgedacht.
- Einführung von Frühförderungskursen. Ziel: Sprachkompetenz der Migrantenkinder verbessern. Bewertung: Wirkung umstritten, müsste genau evaluiert werden, wird es aber nicht.
- Einführung von Tagesstrukturen. Ziel: Berufstätige Eltern bei der Betreuung unterstützen, Hausaufgaben in der Schule machen. Bewertung: Sinnvolle und nötige Reform
- Obligatorischer Kindergarten ab 4 Jahren: Ziel: Erhöhung der Chancengerechtigkeit, Verbesserung der Sprachkompetenz für Migrantenkinder. Bewertung: Sehr umstritten, für viele Kinder zu früh, teilweise grosser Widerstand.

In diesem Zusammenhang erwähnenswert wäre auch der Fakt, dass sich einerseits die nationalen Bildungsausgaben in diesen Jahren mehr als verdoppelt haben (von 16 Milliarden auf 35 Milliarden Franken gemäss Bundesamt für Statistik), dass aber andererseits an der Praxis gespart wurde. Der stets finanzknappe Kanton Bern verfügte: eine Halbierung des Wahlfachangebots, beschloss weit über 200 Klassenschliessungen, führte Kursgelder für die Lehrkräfte ein, kürzte die Stipendien, strich mehrere Jahre den Teuerungsausgleich, verkürzte die Gymnasialzeit um ein Jahr, kürzte die fünfjährlichen Treueprämien und strich die Überbrückungsrente für vorzeitige Pensionierungen. Er erhöhte die Arbeitszeit der Lehrkräfte um eine Lektion, beteiligte die Lehrerschaft an der Sanierung ihrer Pensionskasse mit happigen Beitragserhöhungen, strich den alljährlich gesicherten Erfahrungsanstieg und senkte die Lektionenzahl für die SchülerInnen der Primarstufe um zwei Einheiten.

Die Lektionenzahl der Schülerinnen und Schüler wurde im Rahmen des neuen Lehrplans wieder erhöht.

Noch etwas zu den Finanzen. Die Stadt Basel gibt über 20'000 Fr. pro Schüler pro Jahr aus. Gemäss ÜGK (2019) belegt die Stadt Basel den letzten Platz. Der Kanton Freiburg gibt 10'000 Fr. pro Jahr pro Schüler aus und belegt einen der Spitzenplätze.

2. Brauchen Schüler unmittelbare persönliche Resonanz und Anleitung?

Die grundsätzlichen Fragen lauten: Wozu sollen Schüler Anleitung und Resonanz brauchen?

Meine Antwort darauf: Die Schüler müssen etwas lernen.

Frage: Was sollen sie lernen?

Antwort: In der Primarschule liegt der Fokus auf den Kulturtechniken lesen, rechnen, schreiben. Sie müssen ihre motorischen Fähigkeiten entwickeln, ihre Gehirnentwicklung abschliessen, kreativ wirken können. Natürlich muss und darf die Schule noch mehr, aber genauso klar ist: Die Schule überfordert sich, wenn sie Ziele verfolgt, die ausserhalb von Reichweite des Unterrichts liegt. Die Schule muss wissen, was sie nicht kann!

Frage: Wie erkennt man, ob die Schüler das lernen, was sie lernen sollten?

Antwort: Vergleichende Tests, die auf Bildungsstandards beruhen, können – vernünftig eingesetzt – Rückschlüsse geben. Wichtig sind allerdings auch, die Einschätzung der Lehrkräfte, das Erreichen der Berufsfähigkeit oder Studierfähigkeit.

Die didaktischen Mittel und Methoden müssen dem Erreichen dieser Bildungsziele dienen. Selbsttätigkeit ist – wie im Papier erwähnt - wichtig, kann aber nicht zum Unterrichtsprinzip erhoben werden, genauso wenig wie all die anderen rhetorischen Überredungsbegriffe (Reichenbach). Hatties Studie gilt immer noch als Massstab der Wirksamkeitsforschung. Zur Ausgangsfrage: Natürlich ist die direkte Instruktion der Lehrperson ein zentraler Gelingensfaktor und selbstverständlich ist auch die Beziehung zwischen Lehrer und Schüler ein wichtiger Teil des Lernerfolgs. Allerdings sollte man es mit dieser «Beziehungsrhetorik» auch nicht übertreiben.

3. Welche Rolle spielt die Digitalisierung des Unterrichts?

Ich plädiere hier für digitale Oasen. Im Kindergarten und in der Primarschule müssen die Kinder grundlegende Kulturtechniken lernen (siehe oben). Der Einsatz von digitalen Medien schadet hier mehr als er nutzt. Ab der 5. Klasse kann mit dem Einsatz der digitalen Medien begonnen, ab dem 12. Lebensjahr kann durchgestartet werden. Programmieren in der Primarschule ist ein Unsinn. Wenn heute Studenten den Dreisatz nicht können, sind sie auch nicht fähig zu programmieren.

Auf der Oberstufe und im Gymnasium plädiere ich für einen Mittelweg. Der Einsatz digitaler Medien ist nutzbringend, erleichtert das Lernen, bringt ungeahnte Möglichkeiten, gerade auch im Homeschooling. Auch individualisierende Lernmethoden werden durch den Einsatz digitaler Medien erleichtert. Bei der Vermittlung und Erarbeitung komplexer Unterrichtsinhalte, die durch Problemstellungen eingeleitet und durch den Diskurs und Experimente zum Verständnis führen, ist die Rolle der Lehrperson unabdingbar. Solche Inhalte an Algorithmen abzugeben, ist nicht zielführend.

Natürlich muss man hier auch den Suchtfaktor miteinbeziehen und die bedenklichen Studienresultate bezüglich Nutzungsverhalten von Jugendlichen zur Kenntnis nehmen.

4. SOL

Das Selbstorganisierte Lernen ist ein wichtiger Bestandteil des Schulprogramms und sollte mit dem Alter der Schüler gesteigert werden. Dazu gehören fest eingeplante Lektionen in der Woche und weitere Zeitfenster, in den die Schüler selbsttätig und frei von Instruktion

arbeiten können. Das ist wichtig für die spätere Berufslehre und auch für die Studierfähigkeit. Die Idee, den ganzen Unterricht dem selbsttätigen Wirken der Kinder zu überlassen, ist ein Unsinn, der vor allem die Schüler der benachteiligten Schichten treffen würde.

5. Inhalte, Werte und Bildungskanon

Ich bin immer etwas skeptisch, wenn ich die Begriffe «Werte», «Haltung» oder auch «Bildungskanon» höre. Mit dem Begriff der überfachlichen Kompetenzen sollen nun auch Werte und Haltungen als Kompetenzen vermitteln und sogar beurteilt werden. Damit masst sich der Staat schon fast totalitäre Ziele an.

Meiner Meinung nach muss die Schule einen Wert vermitteln: Die Mündigkeit. Den Schülern müssen die Kenntnisse, das Wissen und auch die Tools (z.B. Kompetenzen) vermittelt werden, welche es ihnen später erlauben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

6. Schule ist schwer zu verändern

Wer landauf –landab durch unsere Bildungslandschaft schreitet, wird sehen, dass unsere Schulen immer noch sehr unterschiedlich und lebendig sind. Der Lehrplan wird mehrheitlich unterlaufen, die Fremdsprachendidaktik ist beerdigt worden, die Lehrerschaft entzieht sich immer wieder geschickt den Übergriffen der Bildungsbürokratie. Das Grundprinzip von Schule, dass nämlich Schüler gleichen Alter, am gleichen Ort, zur gleichen Zeit das Gleiche machen, ist immer noch dominant, allen Reformbestrebungen zum Trotz.

7. Die Allianz

Viele Reformbestrebungen haben ihre tiefere Ursache in der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung. Die Rolle des Staates ist gestiegen, immer mehr Stellen im Überbau der Schule haben ein Heer von Planern, Entwicklern, Beratern und Kommunikationsspezialisten entstehen lassen. Eine Allianz von Politik, Verwaltung und «Wissenschaft» hat sich gebildet. Ihr geht es um Steuerung und vor allem um Auftragsicherheit. Und so nutzen einige Reformen ihren Propagandisten und Akteuren mehr als dem eigentlich Objekt, dem Kind.

8. Wie kann diesem Reformtreiben ein Ende gesetzt werden?

1. Sämtliche Reformvorschläge müssen finanziell abgesichert sein. Es darf keine vagen Versprechungen mehr von aktuellen Politikern für die die ferne Zukunft geben. Ohne solide Finanzierung keine Reform.
2. Jede künftige Schulreform muss eine klare Zieldefinition aufweisen, die später auch überprüft werden kann.
3. Der Therapiegürtel muss wieder auf das Sinnvolle begrenzt werden: Bevor neue Angebote auf den Markt kommen, müssen sich nicht bewährende Institutionen abgeschafft werden. Namentlich die Frühförderung verkommt zu einem Tummelplatz gutmeinender Hilfsorganisationen, die sich wie ein Flickenteppich über den Kanton ziehen. Bleiben soll was wirkt. Wenn Ziele anvisiert werden, die ausserhalb der Möglichkeit von Unterricht stehen, muss die Schule Kooperationen mit bestehenden Institutionen (Erziehungsberatung, Jugendarbeit, Drogenberatung, Polizei, Sozialamt) anstreben. Sie tut dies aufgrund ihrer Bedürfnisse und wird nicht dazu verpflichtet.

4. Die Klassengrösse gehört nach Hattie nicht zu den massgebenden Indikatoren für einen guten Unterricht. Konkret heisst das, dass man die Klassengrössen erhöhen kann und zwar dort, wo es Sinn macht. Grössere Bestände in Gymnasialklassen, kleinere Bestände in den Kindergärten und an der Unterstufe. Grössere Klassen in der Sekundarstufe 1, kleinere in sozialen Brennpunkten. Oft ist Teamteaching die angepasstere Antwort auf pädagogische Herausforderungen.
5. Dort, wo ein Mangel an Lehrkräften herrscht, müssen Anreize geboten werden, um die Funktion wieder attraktiv zu machen. So müssen die Klassenlehrer zwei weitere Entlastungslektionen erhalten. Dagegen darf man sich überlegen, bei den Fachlehrerkategorien die Arbeitszeit zu überprüfen. Es ist nicht einzusehen, dass Turn-, Musik- und vor allem Werk- und Hauswirtschaftslehrkräfte, die mit Halbklassen arbeiten, dieselbe Arbeitszeit haben wie Berufsleute, die neben ihren Fächern auch noch eine Klasse führen müssen. Dasselbe gilt auch für die immer zahlreicher werdenden IF-Stützlehrpersonen, welche in den Klassen die Klassenlehrperson unterstützen.
6. Die Methoden- und Gestaltungsfreiheit der Lehrperson im Unterricht muss gewahrt werden. Dazu gehört auch die Lehrmittelfreiheit. Diese Freiheiten sind oft wichtiger als die Lohnentwicklung.
7. Die PH muss ihre Monopolstellung bei der Weiterbildung abgeben zugunsten eines freien Marktes. Den einzelnen Schuleinheiten wird ein Fortbildungsbudget zugestanden, über das sie frei verfügen können. Die PH Bern müsste genauestens ausweisen, wie viel Geld in die direkte Berufsausbildung und wie viel in Evaluation, Controlling, Vorpraktika oder modische Projekte (z.B. Kompetenzorientierung, SOL, Lehrplanorientierte Fachstudien (LOFS), Schulsozialarbeit, Exzellenz-Initiative, fixe Anstellung für fächerübergreifende Arbeiten etc.) fliesst.
8. Die Bildungsverwaltung muss ihre eigenen Arbeitsprozesse hinterfragen und die Zahl ihrer Kommunikationsblätter reduzieren. Und vor allem muss der Personalbestand eingefroren und teilweise zurückgefahren werden.
9. Die Vernehmlassungsfristen für Reformen müssen verlängert werden. Die direkt Beteiligten der Bildungsinstitutionen (Lehrkräfte und Eltern) müssen wieder in die Vernehmlassung einbezogen werden. Hierbei spielen die Lehrerorganisationen eine zentrale Rolle. Sie müssen es wieder verstehen, ihre Basis in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Es darf keine zentralisierten Vernehmlassungen mehr geben.
10. Weniger Masterpläne: Schulen entwickeln sich und lernen voneinander, indem sie sich vernetzen.

Alain Pichard